



Presseschau vom 17.08.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

wpered.su: **Kommunisten Makejewkas übergaben Medikamente an ein Krankenhaus**

In dieser Woche besuchte der zweite Sekretär des Zentralkomitees des Leninschen Komsomol der DVR Anton Sajenko das klinische Bergwerkskrankenhaus in Makejewka, wohin der Medikamente brachte, die von den Kommunisten der Stadt, nicht gleichgültigen Makejewkern sowie von der Antifaschistischen Karawane beschafft worden waren, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Die beschafften Medikamente sind für die Patienten, die sich an das Krankenhaus wandten, eine Behandlung durchlaufen, aber es sich nicht leisten können, die notwendigen Medikamente zu kaufen, dringend notwendig. Die medizinischen Mitarbeiter des Krankenhauses dankten allen nicht gleichgültigen Einwohnern der Stadt und den Antifaschisten Europas für die Aufmerksamkeit und Fürsorge für Menschen, die Hilfe benötigen.

de.sputniknews.com: **Trotz Chinas Widerstand: USA planen weiteren Waffendeal mit Taiwan**

Trotz des Widerstands Chinas wollen die USA Dutzende neue F-16 Kampffjets im Wert von acht Milliarden Dollar (7,2 Milliarden Euro) an Taiwan verkaufen. Das berichten Medien unter Berufung auf Quellen in der Regierung und dem Kongress der Vereinigten Staaten. Demzufolge übermittelte das US-Außenministerium die Pläne am Donnerstagabend an die Auswärtigen Ausschüsse im Repräsentantenhaus und im Senat. Daraufhin soll ein 30-tägiges formelles Überprüfungsverfahren beginnen. Erst dann kann das US-Außenamt ein Angebots-

und Annahmeschreiben in Bezug auf den F-16-Verkauf an Taiwan erstellen.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus, der Demokrat Eliot Engel, und der ranghöchste Republikaner in dem Gremium, Michael McCaul, begrüßten am Freitag in einem gemeinsamen Statement den geplanten Deal.

„Während die Volksrepublik China ihre militärische Aggression in der Region verstärkt, müssen wir alles tun, um unsere Freunde auf der ganzen Welt zu unterstützen“, hieß es. Derzeit sind die Beziehungen zwischen den USA und China durch den Handelskrieg zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt besonders angespannt. Sollte der F-16-Verkauf an Taiwan vollgezogen werden, wird das „China sicherlich erzürnen“, so das Portal Defense News am Freitag.

Reaktion der Volksrepublik China

Peking ist nach Angaben der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua gegen die US-Militärlieferungen an Taiwan. Washingtons Pläne seien ein ernster Verstoß gegen die Ein-China-Politik und die gemeinsamen Verlautbarungen von China und den Vereinigten Staaten, erklärte die Sprecherin des Außenministeriums in Peking, Hua Chunying.

Mit seinen Handlungen habe sich Washington in die inneren Angelegenheiten Chinas eingemischt und die Souveränität sowie die Sicherheitsinteressen der Volksrepublik untergraben.

Milliardenschwerer US-Waffendeal mit Taiwan: Abrams-Panzer und Stinger-Raketen

Washington ist der wichtigste Waffenlieferant für Taiwan, obwohl keine formalen diplomatischen Beziehungen zu Taipeh bestehen. Erst im Juli hatten die USA bekanntgegeben, Waffen im Wert von etwa zwei Milliarden Dollar (etwa 1,7 Milliarden Euro) an Taiwan zu verkaufen. Dabei ging es unter anderem um 108 Panzer vom Typ M1A2T Abrams sowie 250 Stinger-Raketen, Maschinengewehre und Ausrüstung.

Damals brachte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Geng Shuang, Pekings Protest gegen die Entscheidung der USA zum Ausdruck. Die Waffenlieferung belaste die Beziehungen zwischen den beiden größten Volkswirtschaften, die durch den Handelskrieg der USA mit China ohnehin angespannt seien, zusätzlich.

Taiwan ist eine Insel im Westpazifik vor dem chinesischen Festland, von diesem getrennt durch die Formosastraße. Die Insel bildet seit 1949 den Hauptteil der Republik China auf Taiwan. Gleichzeitig wird Taiwan von der Volksrepublik China beansprucht, was sich im Taiwan-Konflikt niederschlägt. Der rechtliche Status Taiwans ist umstritten.

Wpered.su: In Charzysk fand ein Treffen von Kommunisten und sowjetischen Offizieren statt

Vertreter der KP der DVR und der Union sowjetischer Offiziere der DVR des Petrowskij-Bezirk von Donezk führten ein Treffen mit Genossen in Charzysk durch. Vor der Veranstaltung kaufen die Kommunisten und sowjetischen Offiziere Medikamente für Soldaten, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Danach fuhren die Kommunisten und sowjetischen Offiziere nach Sujewka, wo sie sich mit den örtlichen Timur-Pionieren trafen. Diese hatten für die Gäste Bilder gemalt und trugen Gedichte vor.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/08/IMG_20190817_100646.jpg

de.sputniknews.com: **Litauen will mehr Geld aus Deutschland**

Litauens Wirtschaftsminister Virginijus Sinkevicius hat in einem DPA-Interview für ein verstärktes Engagement deutscher Unternehmen in dem Baltenstaat geworben.

Laut einer Mitteilung der Agentur vom Samstag antwortete der Minister schriftlich auf die Fragen. Er hob dabei hervor, dass Litauen und Deutschland eine ähnliche Geschäftsethik und kulturelle Anschauungen teilen.

„Deutschland ist einer der größten ausländischen Investoren in Litauen, und wir würden uns sehr freuen, wenn weitere deutsche Unternehmen hinzukommen“, so Sinkevicius.

Deutsche Unternehmen investierten bislang insgesamt über eine Milliarde Euro in Litauen, das 2015 als 19. und bislang letztes EU-Land den Euro eingeführt hat. Zu den jüngsten deutschen Investoren zählen die Automobilzulieferer Hella und Continental, die in den nächsten Jahren für die Entstehung eines größeren Zuliefererclusters sorgen sollen. Ein großer Name in Litauen ist auch der Lebensmittel-Discounter Lidl.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erreichte der Warenaustausch zwischen Deutschland und Litauen 2018 ein Volumen von 5,4 Milliarden Euro.

Früher hatte der litauische Präsident, Gitanas Nauseda, in einem Gespräch mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel laut eigenen Angaben eine „eher skeptische Meinung“ zu dem Nord-Stream-2-Projekt geäußert. Es sei notwendig, die Interessen der Ukraine bei seiner Umsetzung zu berücksichtigen.

Die Gaspipeline Nord Stream 2, die von Russland am Boden der Ostsee nach Deutschland verlaufen soll, ist bereits zu weiten Teilen fertiggestellt und soll Ende 2019 in Betrieb gehen. Die etwa 1200 Kilometer lange Leitung soll jährlich bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas transportieren.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung mit.

Beschossen wurden **Sokolniki** und **Krasnyj Liman**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen.

de.sputniknews.com: **Iranischer Öltanker vor Gibraltar: US-Gericht ordnet Beschlagnahmung an**

Ein US-Gericht hat die Beschlagnahmung des vor Gibraltar liegenden iranischen Öltankers „Grace 1“ angeordnet. Das entsprechende Dokument wurde auf der offiziellen Seite des Justizministeriums der Vereinigten Staaten veröffentlicht.

Dem Amt zufolge verfügte das Bundesgericht in Washington, D.C. am Freitag die Beschlagnahmung des Tankers, des Erdöls an Bord sowie von 995.000 Dollar Bankvermögen einer Firma, die Verbindungen zu dem Schiff haben soll.

Das US-Justizministerium begründete seine Maßnahme mit mutmaßlichen Verstößen gegen US-Sanktionen, Geldwäschegesetze und Terrorismusstatuten. Darüber hinaus wird auf eine angebliche Verbindung zwischen dem Schiff und den iranischen Revolutionsgarden hingewiesen, die Washington als eine Terrororganisation einstuft. Laut dem Dokument ist das Schiff Teil eines Plans zur Unterstützung illegaler Lieferungen Irans an Syrien.

Am 4. Juli hatten die Behörden in Gibraltar und die britische Marine den unter der Flagge Panamas fahrenden Supertanker vor Gibraltar wegen des Verdachts auf illegale Öllieferungen an Syrien festgesetzt. Dem Schiff wurde vorgeworfen, gegen die europäischen Syrien-Sanktionen verstoßen zu haben. Die EU stellt seit 2011 Öllieferungen an Syrien unter Strafe. Das Öl in dem Tanker soll aus dem Iran stammen, was wiederum die US-Sanktionen gegen die Islamische Republik verletzen würde.

Teheran wies den Verdacht von sich und bezeichnete das Vorgehen der britischen Behörden als „Piraterie“. Der Iran kündigte Vergeltungsmaßnahmen an und setzte zwei Wochen später den unter britischer Flagge fahrenden Tanker „Stena Impero“ in der Straße von Hormus mit der Begründung fest, dieser habe gegen das Seerecht verstoßen. Die Vorfälle hatten den Iran-Konflikt und die Spannungen in der Golf-Region verschärft.

Am Donnerstag ließen die Behörden von Gibraltar das Schiff in dem britischen Überseegebiet frei.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32561/85/325618518.jpg>

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. August 3:00 Uhr bis 17. August 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 14. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt

eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Sajzewo, Golmowskij, Dolomitnoje, Alexandrowka, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 113.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 24.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Mehrere Tote bei Hotelbrand in Odessa**

Bei einem Brand in einem Billighotel in der ukrainischen Hafenstadt Odessa sind in der Nacht zum Samstag nach Angaben des Nachrichtenportals Dumskaja.net acht Menschen ums Leben gekommen.

Zehn weitere seien verletzt worden und würden sich derzeit im Krankenhaus befinden.

Das Feuer brach vermutlich im ersten Stockwerk des Hotels „Tokio Star“ aus. Die Brandursache ist bislang unbekannt. Zu dem Zeitpunkt befanden sich laut dem Portal insgesamt 200 Menschen in dem Gebäude. Der Großteil konnte in Sicherheit gebracht werden.

Ermittelt wird wegen Verstoßes gegen die Sicherheitsvorschriften. Teile des Hotels brannten völlig aus, wie auf Bildern zu sehen war.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32561/83/325618312.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wir bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 8:00 Uhr einen Beschuss in Richtung **Sajzewo** mit Mörsern des Kalibers 82mm, automatischen Granatwerfern sowie großkalibrigen und Schusswaffen durchgeführt. Im Ergebnis dieses Beschusses wurden Schäden an folgenden Häusern festgestellt:

- Rybalko-Straße 169 (Schäden an Sommerküche, Tor, ein Wirtschaftsgebäude geriet in Brand);
- Brusilow-Straße 1 (eine Sommerküche geriet in Brand).

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden ermittelt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **MH17 – Niederländische Staatsanwaltschaft an Beweisen interessiert, aber nicht öffentlich**

Tilo Gräser, Andreas Peter

Die niederländische Staatsanwaltschaft hat dem erfahrenen Privatermittler Josef Resch mitteilen lassen, dass sie einer presseöffentlichen Übergabe neuer Beweise zum MH17-Unglück nicht zustimmen könne. Argument: Es könne schädlich sein, wenn Beweise von Medien und anderen Personen vor der Untersuchung eingesehen werden.

Das JIT, das Joint International Criminal Investigation Team (Deutsch: Vereintes Internationales Kriminalermittlungsteam) ruft auf seiner Internetseite zu Folgendem auf: „We are putting great effort into finding the truth about the crash of MH17. The JIT is especially looking for insider and/or eye witnesses, who can tell us more about the role that different persons have played in the downing of flight MH17, the instruction that was given and the command structure. If you have any information, please contact us. We will handle your information with ultimate care.“ (Deutsch: Wir unternehmen große Anstrengungen, um die Wahrheit über den Absturz von MH17 zu erfahren. Das JIT sucht insbesondere nach Insidern und/oder Augenzeugen, die uns mehr über die Rolle erzählen können, die verschiedene Personen beim Absturz von Flug MH17 gespielt haben, sowie über die Anweisungen, die erteilt wurden und die Kommandostruktur. Wenn Sie irgendwelche Informationen haben, kontaktieren Sie uns bitte. Wir werden Ihre Informationen mit größter Sorgfalt behandeln.“)

Diesen Aufruf hat Privatermittler Josef Resch wortwörtlich und ernst genommen und die niederländische Staatsanwaltschaft kontaktiert. Doch die Art und Weise, wie mit ihm umgegangen wird, irritiert Resch zutiefst, der sich in einem Gespräch mit Sputnik Deutschland als „ein Anhänger der westlichen Demokratie“ und „politisch als der CSU nahe stehend“ bezeichnete.

Hohe Belohnung für Hinweise zu Hergang und Verantwortlichkeiten des MH17-Absturzes

Der Grund dafür ist inzwischen mehrfach hinreichend beschrieben worden, auch durch Sputnik Deutschland. Resch, zu dessen Klientel im Laufe seiner langjährigen Tätigkeit als Privatermittler auch Behörden wie das Bundeskriminalamt (BKA) und andere gehörten, erhielt von einem bis heute anonymen Klienten 2014 einen Auftrag, Beweise für die Absturzursache von MH17 und etwaige Verantwortliche zu finden. Dafür standen insgesamt 47 Millionen US-Dollar bereit.

Josef Resch wurde daraufhin vieles angeboten. Die enorme Geldsumme lockte auch Betrüger und Wichtigtuer an. Doch am 15. Juni 2015 verkündet er auf seiner Internetseite, dass das Geld „wegen stichhaltiger Beweismittel und Informationen, die die Auftraggeber über die Firma Wifka erhalten haben, nicht mehr zur Disposition“ stehe.

Merkwürdige Reaktionen staatlicher Behörden der Niederlande und der BRD

Über bestimmte Details, wie ihm diese Informationen angeboten wurden, berichtete Josef Resch dann 2016 auch im Rahmen seines Buches „Gefahr ist mein Beruf“. Daraufhin wurden seine Privat- und Geschäftsräume durchsucht. Aufgrund eines Rechtshilfersuchens der niederländischen Regierung, die die Federführung im JIT hat. Im Juni 2016 wurde dann ein von Resch angemietetes Schließfach in der Schweiz geöffnet. Wiederum aufgrund eines Rechtshilfersuchens der niederländischen Regierung, die die Federführung im JIT hat. Resch erklärte später in einem Interview für RIA-Novosti: „Da war etwas drin, was ihnen nicht schmeckt, was unangenehm war.“ Die Folge: ein Verhör durch das BKA und vor dem Bundesgerichtshof (BGH). Dort wird ihm sogar Beugehaft angedroht. Welche Qualität die beschlagnahmten Dokumente in dem Schließfach haben, wird aus einer Liste deutlich, die Resch am 5. Juli 2019 auf seiner Internetseite öffentlich machte. Darin ist auch ein Schreiben

enthalten, das er im Dezember 2016 an die BGH-Richterin Wimmer übermittelt hatte. Darin zählt Resch jene Informationen auf, die ihm vom Informanten vorgelegt wurden.

Inhalt unter anderem: BND und britische Geheimdienste sind im Bilde darüber, dass die tatsächlichen Hintergründe der MH17-Tragödie verschleiert würden und, dass sowohl Bundeskanzleramt als auch involvierte Bundesministerien informiert sind. Das bestätigte Resch auch in dem schon erwähnten Sputnik-Interview.

Resch hat im Kontakt mit Sputnik mehrfach betont, dass seine Motivation, die ihm vorgelegten Beweismittel der Öffentlichkeit bekannt zu machen, der Wahrheitsfindung im Interesse der Angehörigen der MH17-Toten dienen soll. Er müsse aber zu seiner eigenen Sicherheit auf Öffentlichkeit bei der Offenlegung gegenüber dem JIT bestehen. Deshalb sei er auch schockiert gewesen, als seinem Anwalt bei einer Unterredung vor dem BGH allen Ernstes vorgeschlagen wurde: „Der Herr Resch könnte doch sagen, das war ein Joke, das war irgendein Gag, und dann schicken wir das so weiter nach Holland. Da sind die zufrieden und es ist alles vorbei.“

Darauf hat Resch sich nicht eingelassen und stattdessen internationale Medien und Botschaften in Deutschland kontaktiert, um sie darüber zu informieren, dass es Beweismittel gibt, die ihm vorgelegt wurden und dass er sie presseöffentlich dem JIT präsentieren wolle. Die zunächst so aktiven niederländischen und deutschen Ermittlungsbehörden hätten auf diesen Vorschlag überhaupt nicht reagiert. Auch die allermeisten Medien ignorieren sein Angebot vollständig.

Niederländische Staatsanwaltschaft lehnt öffentliche Offenlegung der neuen Beweise ab

Nun wurde bekannt, dass die niederländische Staatsanwaltschaft in einem Schreiben vom 24. Juli 2019 den Vorschlag von Josef Resch, die ihm vorgelegten Beweismittel zum Absturz von Flug MH17 dem JIT im Beisein von Vertretern der betroffenen Staaten und Medien offenzulegen, abgelehnt hat. Das geht aus einer Email des Anwalts von Josef Resch hervor, die Sputnik vorliegt. In dieser Email antwortet der Anwalt von Josef Resch der niederländischen Staatsanwaltschaft und bedauert deren Verweigerung.

Insbesondere eine Passage der ablehnenden Argumentation erstaunte Herrn Resch, so der Anwalt:

„Mit Ihrer Nachricht signalisieren Sie grundsätzlich Interesse an den meinem Mandanten vorliegenden Informationen. Allerdings erklären Sie, dass die von meinem Mandanten gewünschte Vorgehensweise für die Untersuchung auch schädlich sein könne, wenn Beweise von den Medien und anderen Personen vor der Untersuchung eingesehen werden. Aus diesem Grund könne der von meinem Mandanten gewünschte Vorgehensweise nicht zugestimmt werden.“

Der Anwalt von Josef Resch argumentiert daraufhin:

„Wie Sie selber in Ihrer Nachricht erklären, wünscht mein Mandant die Vorgehensweise einer Offenlegung im Beisein internationaler Medien und betroffener Staaten aus Sicherheitsgründen. An dieser Situation hat sich nichts geändert. Mein Mandant fragt sich, wie eine öffentliche Anklage und Verhandlung (laut Medienberichten soll das Verfahren am 10.03.2020 beginnen), zugelassen werden kann, wenn nicht alle Beweise zuvor geprüft worden sind. Im Übrigen ist auch eine solche Verhandlung öffentlich, sodass sich Herr Resch fragt, weshalb die von ihm gewünschte Vorgehensweise einer Offenlegung im Beisein internationaler Medien und der betroffenen Staaten nicht erfolgen könne, wenn dann im nächsten Jahr ohnehin eine öffentliche Verhandlung stattfindet.“

Der Anwalt kündigt an, dass sein Mandant nun „andere transparente Wege zur Vorgehensweise und Aufklärung prüfen und Sie sowie die Öffentlichkeit darüber informieren“ werde.

Internationale Konferenz in Malaysia zum MH17-Fall

Unterdessen findet an diesem Wochenende in Malaysia eine internationale Konferenz zu den Hintergründen und ungeklärten beziehungsweise strittigen Fragen des Unglücks von MH17

statt. An dieser Tagung nehmen auch der niederländische Filmemacher Max van der Werff, sein Landsmann und Politikwissenschaftler Kees van der Pijl sowie der frühere Lufthansa-Kapitän Peter Haisenko teil. Van der Werff veröffentlichte vor kurzem eine Dokumentation, in der er unter anderem belegen kann, dass die vom JIT als Beweise präsentierten Audio-Daten nachweislich manipuliert und willkürlich zusammengeschnitten wurden, Sputnik Deutschland berichtete. Kees van Pijl hat 2018 mit seinen Recherchen zu MH17 ebenfalls Zweifel an der offiziellen Version des Unglückes hervorgerufen, auch hierüber berichtete Sputnik. Die Konferenz ist deshalb von Interesse, weil in Malaysia nach wie vor bis in höchste Regierungskreise laut und vernehmlich Zweifel an den vom JIT präsentierten Hergang und Verantwortlichen für die MH17-Tragödie bestehen. Internationales Stirnrunzeln rief bereits hervor, wie lange Malaysia, von wo das verunglückte Flugzeug und die Fluggesellschaft stammen, von den Ermittlungen im Rahmen des JIT ausgeschlossen wurde. Auch die regelrecht hasserfüllten Reaktionen auf öffentlich geäußerte Zweifel an den vom JIT präsentierten Beweisen durch malaysische Regierungsvertreter werden in Malaysia mit Befremden zur Kenntnis genommen. Nach wie vor hüllen sich deutsche wie internationale Medien in Schweigen über die Bereitschaft von Privatermittler Josef Resch, die ihm vorgelegten Beweismittel zum MH-17-Absturz öffentlich dem JIT offenzulegen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32561/92/325619245.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 17.08.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **14-mal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben die Nazisten aus „Asow“ das Gebiet von **Dolomitnoje** mit 120mm-Mörsern beschossen, gleichzeitig damit haben Banditen 53. Brigade auf Befehl des Verbrechers Poljakow **Sajzewo** und **Golmowskij** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer von Guds aus der 24. Brigade das Gebiet von **Alexandrowka** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer aus der 36. Brigade unter Kommando von Gnatow die Gebiete von **Kominternowo**, **Leninskoje** und **Sachanka** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Heute um 8:00 Uhr haben Kämpfer aus der 53. Brigade **Sajzewo** mit 82mm-Mörsern, automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Dabei wurden zwei Häuser in der Rybalko-Straße 169 und der Brusilow-Straße 1

beschädigt.

Zuvor hatten wir mitgeteilt, dass wir regelmäßig die **Aktivität von Störstationen** aus dem Bestand des 20. und 305. Bataillons für elektronische Kriegführung der BFU feststellen, die vom Gegner zur Unterdrückung der Leitungssignale der Drohnen der OSZE-Mission eingesetzt werden. Derzeit setzt die ukrainische Seite zu diesem Zweck Komplexe der elektronischen Kriegführung „Enklave“ ein, die es erlauben, die Funktion von Drohnen aus einer Entfernung von bis zu 40km vom Stationierungsort der Station zu destabilisieren. Wir schließen nicht aus, dass die ukrainischen Besatzer gerade diese Ausrüstung am 15. August eingesetzt haben, um das Signal der OSZE-Mission über dem Petrowskij-Bezirk von Donezk zu unterdrücken. An diesem Tag versuchten die Beobachter das von den BFU kontrollierte Territorium an der Kontaktlinie in diesem Bezirk zu kontrollieren. Aber sie verloren die Kontrolle über ihre Drohne, die auf unser Territorium fiel. Zurzeit leisten Einheiten der Volksmiliz Unterstützung bei der Suche nach der Drohne, um sie Vertretern der Mission zu übergeben.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, die ständige Aufmerksamkeit auf die Handlungen der ukrainischen Seite zur Behinderung der Arbeit der Mission zu richten, die deutlich das wirkliche Verhältnis der Ukraine zu den geltenden Vereinbarungen und zur Unterstützung einer friedlichen Regelung des Konflikts demonstrieren.

Unsere Aufklärung erhält weiter Informationen über **nicht kampfbedingte Verluste unter den ukrainischen Besatzern**.

So erlitten am 15. August neun ukrainische Kämpfer aus dem 24. Bataillon „Ajdar“ der 53. Brigade nach dem Genuss von Pilzen eine Vergiftung. Sieben Betroffene wurde in ein Krankenhaus von Sewerodonezk eingeliefert. Zwei weitere sind in kritischem Zustand in einem Krankenhaus in Charkow, dabei geben die Ärzte keine optimistischen Prognosen bezüglich ihrer Gesundheit ab.

Nach der offiziellen Version vergifteten sich die Kämpfer mit Essen, für das konservierte Pilze verwendet wurden, die von örtlichen Einwohnern stammten. Im Zusammenhang damit arbeitet in der Kommission zur Zeit eine Kommission des rückwärtigen Stabs der OOS, um zu klären, wie Lebensmittel, die nicht aus dem Lager stammen, auf den Tisch der Besatzer kamen.

Aber nach zuverlässigen Informationen, die wir aus dem 24. Bataillon erhielten, haben sich alle Kämpfer deswegen vergiftet, weil sie Pilze aßen, die einem der Kämpfer als angeblich halluzinogen geschickt wurden, die sich aber in der Folge einfach als giftig herausstellten.

de.sputniknews.com: **Rund 4000 Menschen gehen zu genehmigter Demo in Moskau**

Vor der anstehenden Wahl zum Moskauer Parlament am 8. September hat am Samstag in der russischen Hauptstadt eine weitere Demonstration stattgefunden. An einer genehmigten Aktion nahmen nach Polizeiangaben rund 4000 Menschen teil.

Der Protestzug wurde von der Kommunistischen Partei Russlands organisiert. Die Beteiligten riefen zu „ehrlichen Wahlen“ auf und forderten die „Herrschaft der Gesetze und der sozialen Rechte der Bürger“.

Die Veranstaltung endete auf dem Sacharow-Prospekt in Moskau und wurde mit einem Konzert abgerundet.

Einzeldemos

Darüber hinaus positionierten sich Protestler am Samstag in Moskaus Stadtzentrum vereinzelt mit Plakaten und bekundeten Solidarität für die bei der Wahl nicht registrierten Kandidaten sowie jene Menschen, die früher bei den behördlich nicht zugelassenen Protesten festgenommen worden waren.

Die Einzeldemos, für die in Russland keine Genehmigung notwendig ist, verlaufen laut einem Sputnik-Korrespondenten ruhig. Polizisten stören die Aktionen nicht.

Festnahmen bei nicht genehmigten Protesten

In Moskau hatte es in den letzten Wochen mehrere Proteste gegen die Nichtzulassung oppositioneller Kandidaten zur Wahl zum Moskauer Parlament im September gegeben. Allerdings waren diese nicht von den russischen Behörden genehmigt worden. Aus diesem Grund nahm die Polizei bei den Demos am 14. und 27. Juli sowie am 3. August insgesamt etwa 1700 Menschen wegen Friedensstörung und anderer Straftaten vorübergehend fest. Das Ermittlungskomitee leitete zudem Strafverfahren wegen Massenunruhen und Überfällen auf Amtsträger ein.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32561/94/325619488.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

In **Richtung Slawjanoserbsk** wurden auf Befehl des Kommandeurs der 14. mechanisierten Brigade Wojtschenko die Gebiete von **Sokolniki** und **Krasnyj Liman** mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen.

Die Kiewer Truppen nutzen weiter den Waffenstillstand zur Umgruppierung von Kräften und Mitteln und zur Konzentration seines militärischen Potentials in der Zone der Strafoperation. **Zur Stationierung von Militärtechnik der Besatzer werden wie zuvor Objekte der zivilen Infrastruktur verwendet.**

In Troizkoje haben Kriegsverbrecher der BFU zwei Schützenpanzer im Hof einer Schule, die von den Besatzern eingenommen wurde, stationiert. Trotz des sich näher kommenden Beginn des Schuljahrs beeilen sich die Kämpfer nicht, die Bildungseinrichtung freizugeben, im Gegenteil, örtliche Einwohner haben beobachtet, dass Munition auf das Territorium der Schule geliefert wurde. Im Gebiet von Solotoje-4 wurde die Ankunft von zwei Panzertransportern aus der 72. Brigade der BFU, die auf dem Territorium eines Wohnhauses stationiert wurden, bemerkt.

Um zu verhindern, dass Technik der ukrainischen Streitkräfte, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert ist, entdeckt wird, schaffen die Einheiten der ukrainischen Verbrecher weiter **Hindernisse für die Drohnen der OSZE-Mission**, die Flüge über dem von den BFU besetzten Territorien durchführen.

So hat der Kommandeur der sogenannten operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Mikaz am 13. August eine **Geldprämie für jede abgeschossene Drohne** festgelegt!

Da sie sich in einer schwierigen materiellen Lage befinden, schießen die Kämpfer der Einheiten der BFU auf alles, was über ihren Territorien fliegt in der Hoffnung die versprochene Prämie zu erhalten.

Am 14. August haben Kämpfer der 46. Brigade der BFU mit Schusswaffen eine Drohne der

Mission im Gebiet von Stschastje abgeschossen.

Am 15. August haben Verbrecher aus der 72. Brigade eine Drohne der OSZE-Mission im Gebiet von Solotoje-4 mit Schusswaffen beschossen.

Durch ihre barbarischen Handlungen zeigen die Kämpfer der BFU der ganzen Welt ihre Missachtung der Minsker Vereinbarungen sowie ihre vollständige Respektlosigkeit gegenüber den internationalen Beobachtern!

Die strenge Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung ist ein unabdingbarer Teil des Maßnahmekomplexes zur Gewährleistung von Schutz und Sicherheit unserer Republik.

Unsere Bestrebungen zu einer friedlichen Regelung des Konflikts bleiben unverändert.

Die Einheiten der Volksmiliz eröffnen das Feuer nicht, aber tun wachsam Dienst. Im Fall einer Gefahr oder Provokation von Seiten der ukrainischen Militärs, sind wir bereit, eine adäquate Antwort zu geben.

de.sputniknews.com: **Botschaft: USA und Großbritannien schüren Spannungen im Golfraum**

Die Vereinigten Staaten und Großbritannien verursachen mit ihren Handlungen noch mehr Spannungen im Persischen Golf. Das geht aus einer Erklärung der russischen Botschaft in London hervor.

„Wir sind davon überzeugt, dass der verstärkte Druck der USA auf den Iran mit Unterstützung Großbritanniens, darunter durch die Bildung der sogenannten Mission zur Gewährleistung der freien Schifffahrt, die Situation in der Golfregion nur weiter zuspitzen wird“, heißt es in dem am Freitag veröffentlichten Papier.

Russland plädiert seit Jahren für die Überwindung der Krisen in der Region mit politischen und diplomatischen Mitteln. Das wäre aber ausschließlich durch die Schaffung eines umfassenden Systems der regionalen Sicherheit möglich, schreibt die Botschaft.

Zuvor hatte der iranische Präsident, Hassan Rohani, erklärt, dass die Sicherheit im Persischen Golf von den Anrainerstaaten selbst, ohne Engagement anderer Länder, gewährleistet werden könne.

Dnr-online.ru: **Der Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR hält Verletzungen von Rechten der Einwohner des Donbass durch die ukrainische Seite fest.**

Am 12. August erlitt infolge von Kampfhandlungen in Kominternowo im Nowoasowskij-Bezirk ein Soldat der Republik, geb. 1972, eine Detonationsverletzung und Splitterverletzungen.

Am 15. August erlitt in der Folge von Beschuss auf Sajzewo ein Zivilist, geb. 1963, Verletzungen am Unterarm, am rechten Knie, am mittleren Dritte des linken Oberschenkels.

Vom 1. Januar bis 15. August 2019 wurden auf dem Territorium der DVR infolge der militärischen Aggression von Seiten der Ukraine 144 Menschen verletzt, davon 99 Soldaten der Republik, 16 Zivilistinnen, 26 Zivilisten und 3 Minderjährige.

Vom 9. bis 15. August 2019 starben auf dem Territorium der DVR drei Soldaten der Republik.

Vom 1. Januar bis 15. August 2019 starben auf dem Territorium der DVR infolge der militärischen Aggression von Seiten der Ukraine 119 Menschen, darunter 111 Soldaten der Republik, 5 Zivilistinnen und 3 Zivilisten.

Seit Beginn des militärischen Konflikts starben in der DVR 4848 Menschen, darunter 81 Kinder.

abends:

mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

Die ukrainische Seite versucht um jeden Preis, die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit von der Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen zur Reparatur der Brücke im Gebiet des Abschnitts zur Trennung von Kräften und Mitteln Nr. 1 „Staniza Luganskaja“ abzulenken.

Am 16. August haben die Besatzer öffentlich erklärt, dass die Arbeiten zur Säuberung der Örtlichkeit von explosiven Objekten abgeschlossen sind, obwohl sie einen Tag davor mitgeteilt hatten, dass sie, zudem einseitig, entschieden haben, die Arbeiten zur Entminung und Säuberung der Örtlichkeit um einen weiteren Monat zu verlängern. Heute geht die Arbeit der ukrainischen Seite weiter.

Nach der Veröffentlichung des Sachverhalts, dass die Erklärungen der BFU und ihre realen Handlungen nicht übereinstimmen, hat der Gegner begonnen, die Aufmerksamkeit von der Situation um das Gebiet des KPP „Staniza Luganskaja“ auf andere Abschnitte der Front umzulenken und zu behaupten, dass in der beginnenden Herbst- und Winterzeit das einzige Elektromobil, das die UNO zur Verfügung gestellt hat und mit dem die BFU nichts zu tun haben, nutzlos ist.

Indem sie aufgrund von Berichten der OSZE-Mission speulierte, hat die ukrainische Seite die LVR der Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission beschuldigt während sie gleichzeitig erklärt, dass das Territorium, das durch den von der Ukraine besetzten Teil des Trennungsabschnitts im Gebiet von Solotoje-4 führt, entmint sei. Tatsächlich jedoch ist es wie bei der Situation um die Reparatur der Brücke im Gebiet von Staniza Luganskaja, die Worte der ukrainischen Populisten weichen ein weiteres Mal von der Wirklichkeit ab. Im aktuellen Bericht der OSZE-Mission, der gestern veröffentlicht wurde, wird deutlich auf das Vorhandensein von Minen auf der ukrainischen Seite verwiesen und auf die Unmöglichkeit einer freien Bewegung der Patrouillen der Mission im Trennungsabschnitt.

Wir erinnern daran, dass 2019 nach Abschluss der Vereinbarungen über die Formierung des Abschnitts zur Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Solotoje der Gegner im Verletzung seiner Verpflichtungen die Brücke und das umliegende Territorium vermint hat und auch Positionen in einem Waldstück praktisch im Zentrum der Sicherheitszone eingenommen hat. Diese Lage der Dinge besteht auch heute.

Gleichzeitig damit ignoriert die ukrainische Seite auf jegliche Weise das perspektivische und optimale Gebiet für die Eröffnung eines Kontroll- und Passierpunkts im Gebiet von Stschastje und lehnt alle Vorschläge von Verhandlungsteilnehmern ab, sabotiert alle Anstrengungen der LVR, die auf eine Erleichterung der Lebensbedingungen und den Verkehr von Zivilisten über die Kontaktlinie gerichtet sind.

de.sputniknews.com: **Moskau tut Warschaus Vorschläge zur Abschreckung Russlands als „alte Leier“ ab**

Moskau hat die jüngsten Vorschläge von Polens Außenminister Jacek Czaputowicz zur Abschreckung Russlands als eine „alte Leier“ abgetan. Zuvor hatte Warschaus Chefdiplomat vorgeschlagen, noch mehr US-Truppen in Polen zu stationieren.

„Das US-Kontingent könnte das Militärpotenzial Russlands wirksam bremsen“, hatte Czaputowicz erklärt.

Reaktion aus der Staatsduma

Russische Parlamentarier wiesen den polnischen Politiker darauf hin, dass Moskau niemanden angreifen wolle. „Wir wappnen uns ausschließlich für die Abwehr einer Aggression von außen. Czaputowiczs Erklärung führt ein weiteres Mal Polens Loyalität gegenüber Amerika vor Augen. Immer die alte Leier!“, wurde der Duma-Abgeordnete Viktor Wodolazki vom Fernsehsender RT zitiert.

Der Abgeordnete Alexander Scherin schlug vor, derartige Erklärungen gänzlich außer Acht zu lassen. „Polen wird nur das sagen, was ihm sein Herr Amerika diktiert“, sagte er der Agentur Sputnik. „Das ist doch blanker Unsinn, wenn ein Land immer wieder um die Stationierung

fremder Truppen ersucht“, äußerte Scherin.

...und aus dem Föderationsrat

Franz Klinzewitsch vom Föderationsrat, dem Oberhaus des russischen Parlaments, erinnerte daran, dass sich Russland das Recht vorbehalte, auf die Stationierung von US-Truppen in Polen angemessen zu reagieren.

„Ich denke, dass es in diesem Zusammenhang angebracht wäre, an zahlreiche Beispiele aus der Geschichte zu erinnern, welche Folgen die Versuche Polens hatten, die Warschau fernliegende Rolle in der globalen Politik zu spielen.“ Die Formulierung „Abschreckung Russlands“ bezeichnete Klinzewitsch als „absurd“.

Unverfrorener US-Botschafter in Berlin

Zuvor hatte der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, den Abzug der US-Truppen aus der Bundesrepublik in Aussicht gestellt. Grenell bemängelte, dass Berlin seine Rüstungsausgaben bislang nicht auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemäß einer von den Nato-Ländern 2014 übernommenen Verpflichtung erhöht hatte.

Darauf empfahl der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch, den Amerikanern, beim Truppenabzug auch die Mitnahme ihrer Atomwaffen nicht zu vergessen.